

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

73 (27.3.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzungen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-
zeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichtbeachtung des
Schlussatzes, bei gerichtlicher Betreuung und bei Konten außer Kraft tritt o. Gebühren-
wert und Geschäftsablauf in Karlsruhe i. Z. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 5 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenchutz

Bezugspreis monatl. 2.50 Mt. o. Ohne Zustellung 2.20 Mt. o. Durch die Post 2.60 Mt.
Einzelpreis 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. o. Erscheint 6mal wöchentlich
am mittags 11 Uhr o. Postzeitung 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe i. Z., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 31111 Karlsruhe, Post-
straße 22, Baden-Baden, Adressstraße 6; Raftau, Poststraße 2, Odenberg, Grobenacker 61

Nummer 73 Karlsruhe, Donnerstag, den 27. März 1930 50. Jahrgang

Ungeklärte Deckungsfragen

Noch keine Einigung

Ueber den Stand der Finanzfragen wird uns aus Berlin tele-

graphiert:
Die politische Lage im Reich hat sich auch am Mittwoch noch nicht
geklärt. Die Verhandlungen der Parteiführer, die den ganzen
Nachmittag dauerten, haben vorerst noch keine Annäherung
der Parteien ergeben, so daß die Besprechungen am Donnerstag
vormittag fortgesetzt werden. Unverändert groß ist vor allem der
Gegensatz bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem Steuerer-
leichterungsprogramm. Demgegenüber treten die Meinungsverschieden-
heiten, die bei den Steuererleichterungen für das Jahr 1930 noch be-
stehen, in den Hintergrund.

Der Vermittlungsvorschlag zur Arbeitslosen-
versicherung, der in den Nachverhandlungen vom Dienstag
von Demokraten und Zentrum gemacht wurde, ist von der Deut-
schen Volkspartei insofern abgelehnt worden, als sie nicht bereit ist,
eine Beitragserhöhung über 3,5 v. H. hinaus zu billigen. Die So-
zialdemokratie, die den Vorschlag abgelehnt hatte, weil er
die bisher unbeschränkte Darlehenspflicht des Reichs in eine be-
schränkte Zuschußpflicht verwandelt, hat in den Parteiführerbespre-
chungen einen neuen Vorschlag gemacht. Er weicht in drei
Punkten von dem Angebot der Mittelparteien ab, und zwar soll
erstmal, wenn die Zuschüsse des Reichs nicht ausreichen, das Reich
den notwendigen Bedarf durch Darlehen decken. Ferner soll der
Vorstand der Reichsanstalt, um den Ausgleich zwischen Einnahmen
und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern, lediglich ermächtigt
werden, die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Ver-
waltung zu treffen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform
des Gesetzes unterbreiten. Somit diese Maßnahmen nicht aus-
reichen, kann der Vorstand die Beiträge auf 3,75 v. H. erhöhen.
Schließlich soll eine Herabsetzung der teilweise festgesetzten Leistungen
nur im Falle der Notwendigkeit erfolgen.

Von diesen Vorschlägen hat die Aufrechterhaltung der
bestehenden Darlehenspflicht des Reichs die größte Be-
deutung. Sie steht jedoch im bürgerlichen Lager ebenfalls auf den
allergrößten Widerstand, da sämtliche bürgerlichen Regierungs-
parteien eine Beschränkung der Leistungen des Reichs an der Ar-
beitslosenversicherung wünschen. Die einen, wie z. B. die Deutsche
Volkspartei, weil sie damit den Zwang zum Abbau der Leistungen
ausüben wollen, die anderen, Demokraten und Zentrum, weil sie
die Unsicherheit, die dem Reichsstat durch die Arbeitslosenver-
sicherung droht, abmildern möchten. Da es nicht gelang, in der all-
gemeinen Besprechung diese Gegensätze auszuräumen, wurden die
sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen zu einer weiteren
Sonderberatung veranlaßt.

Politischer Radio-Dialog

Löbe und Freitag-Boringhoven

Mit einem interessanten Zwiegespräch warierte die Deutsche Welle
ihren Hörern auf. Ueber das Thema „Diktatur oder Parlamen-
tarismus?“ unterhielten sich vor dem Mikrophon Reichstagspräsi-
dent Löbe und der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Frei-
tag-Boringhoven. Die Gegner sprachen ohne jedes Zeichen von
Erzeugung fast dreiviertel Stunden über das Problem. Löbe griff
die Erörterungen der Reichspresse über die Diktatur auf, um gleich-
zeitig zu erklären, daß er in der Diktatur eine Minderung der
Rechtsbürgerlichen Rechte und eine Degradierung des Bürgers sehe.
Freitag-Boringhoven bezeichnete als größte Schwäche des gegen-
wärtigen Systems das Fehlen der Trennung der Gewalten. Löbe wies
scharf nach, daß auch unter der Monarchie diese Trennung
de facto nie bestanden hat, denn weder Reichstag noch Bundesrat
konnten Gesetze gegen den Willen des Kaisers machen.

Dem Einwurf, der Parlamentarismus schalte die Führeraus-
wahl aus, hielt Löbe entgegen, daß die Demokratie die Führer
aus der breiten Masse des ganzen Volkes herausjucht. Diese Aus-
wahl aber sei zuverlässiger als die Wahl eines Monarchen. Frei-
tag-Boringhoven behauptete, das parlamentarische System habe
in schwierigen Zeiten versagt und habe sich durch Ermächtigungs-

gesetze und dergleichen, die nichts bedeuteten, als eine verfehlerte
Diktatur selbst ausgesprochen.

Löbe bezeichnete dieses Zurückweichen auf verfassungsmäßig vor-
gesehene Rechte als Beweis für die Elastizität des Systems.
Es handelt sich hier nur um ein Uebergangsstadium, nicht um ein
Prinzip. Im übrigen sage er als Sozialdemokrat noch, daß eine
Diktatur nach Marx nicht absolut zu verneinen sei. Es dürfe aber
nicht übersehen werden, daß sie nur der Wiederherstellung ver-
fassungsmäßiger Zustände dienen dürfe. Auch Freitag-Boringhoven
bekannte sich in diesem Zusammenhang als Anhänger einer nur vor-
übergehenden Diktatur, allerdings mit dem Ziel auf Herstellung
einer konstitutionellen Monarchie.

Dem Argument Löbes, daß es den Minderheiten nur gut aese
in Ländern mit demokratischer Verfassung (wobei er Polen und
Italien als Länder mit verfehlter oder offener Diktatur selbst-
verständlich ausnahm), hatte sein Gesprächspartner nichts Schlag-
kräftiges entgegenzusetzen. Freitag-Boringhoven glaubte, abschlie-
ßend sagen zu müssen, daß in der Zwischenfrage seiner den anderen
überlegen habe. Das gleiche dürfe man wohl auch für die Hörer
annehmen. Was Löbe mit der feierlichen Frage: „Meinen Sie?“
quittierte.

Das Hilfsprogramm für den Westen

Im Haushaltsauschuss des Reichstags erklärte der Reichsminister
für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, am Mittwoch, daß im
Reichsministerium Erwägungen im Gange seien, die voraussichtlich in
den nächsten Tagen zu einem positiven Abschluß kommen würden und
die ein Hilfsprogramm für den Westen wie für den Osten vorziehen.
Wenn bereits in den Nachtragsset für den Westen
10 Millionen Reichsmark einbezogen werden sollen, so dürfte das nicht
den Osten zulassen, daß der Osten zurückgelehrt werden solle. Für
den Westen wie für den Osten seien a Leihe Beträge von je 22
Millionen Reichsmark vorgesehene. Die für den Osten erhobene For-
derung, daß diese Hilfe nicht nur den durch die Grenzziehung betrof-
fenen Gebieten zufließen solle, sondern dem ganzen Hinter-
land, gelte in gleicher Weise für den Westen. Der Betrag von
10 Millionen Reichsmark, der im Nachtragsset für den Westen an-
gefordert sei, würde auf das ganze Hilfsprogramm anzurechnen
werden.

Arbeitslosenfürsorge in den USA.

Washington, 26. März. Der Senat hat die Gesetzentwürfe über
die Bereitstellung von 383 Millionen Dollars für
Arbeitslosenfürsorge angenommen.

Wie kam das Bärenfleisch nach Stuttgart?

Stuttgart, 26. März. Die in der Presse verbreitete Vermutung,
als ob das Bärenfleisch, dessen Genuß in Stuttgart so traurige Fol-
gen hatte, von einem Bären herstamme, der in Mannheim im Zirkus
Sarralini verendet sei, bestätigt sich nicht. Nach den polizeilichen
Feststellungen verkaufte Mitte Januar dieses Jahres ein Zirkus-
besitzer aus finanziellen Gründen keinen Zirkus. Unter den Tieren
befand sich auch ein angeblich drei Jahre alter männlicher Eisbär,
den ein Stuttgarter Gastwirt kaufte. Der Bär wurde Ende Ja-
nuar dieses Jahres in Gegenwart eines Tierfachverständigen er-
schossen. Die Eingeweide wurden herausgenommen und gereinigt.
Darauf wurde das Fleisch sofort im Kraftwagen nach Stuttgart ge-
bracht. Nach Angabe des Stuttgarter Tierfachverständigen machten
das Fleisch und die Eingeweide des Bären äußerlich gesehen, einen
tadellosen Eindruck.

Stuttgart, 26. März. (Ein. Melde.) Eine im Wörzbeimer Kran-
kenhaus gemeinsam mit ihrem Gatten liegende Frau Dr. Schwarz
aus Württemberg ist infolge der Trichinoseerkrankung erkrankt.
Konstan, 26. März. Wie die Deutsche Bodenbesetzungsmittel-
find auch in Konstanz zwei Krankheitsfälle vorgekommen, bei denen
der Verdacht der Trichinose besteht und die mit den Stuttgarter
Fällen im Zusammenhang stehen. Es handelt sich um einen Produ-
zenten und seine Frau.

Politische Bühne

Karlsruhe, 27. März.

Zweifellos gibt es in Deutschland Erscheinungen, die man
als „Luzusfassaden“ bezeichnen kann, die einen Wider-
spruch gegen jene Erfordernisse darstellen, welche die Not der
Zeit uns diktiert. Der Bahische Beobachter hat daher nicht
Unrecht, wenn er dieser Tage anhand einer Kundfrage „Groß-
zügigkeiten, die wir uns nicht mehr leisten können“, einer Kri-
stik unterzieht. Zweifellos geht der Kleiderverbrauch mancher
Damen — insbesondere solcher, die das Wort Arbeit nur aus
den Nebenfiguren der von ihnen gelesenen Romane kennen —
bei gewissen Kreisen weit über das notwendige Maß hinaus,
und ebenso sicher stehen die täglich in manchen deutschen
Großstädten aus der Erde emporwachsenden Hotelpaläste nicht
im Einklang mit der Lage des deutschen Volkes. Diese nur
einer ganz schmalen Schicht dienenden Luxusfassaden abzu-
bauen ist ein Stück eines Wirtschafts- und sozialpolitischen
Zukunftsprogrammes. Vor einem Fehler muß man sich jedoch
bei solchen Maßnahmen hüten. Nämlich vor dem Versuch, eine
Rückkehr zur „Einfachheit“ zu predigen, wie sie dem Purita-
nismus zweifellos willkommen, unserer Wirtschaft und auch
unserem sozialen Standard sehr schweren Schaden zufügen
würde. Eine Betrachtung der deutschen Wirtschaft darf nie
übersehen, daß unser Produktionsapparat aufgebaut ist auf
der Möglichkeit der Herstellung von Massenwaren in
engeradezu amerikanischen Dimensionen. Mit
Hilfe von vielfach geliehenen Auslandsgeldern, die wir jetzt,
mag das Geschäft gut oder schlecht gehen, auf alle Fälle ver-
zinsen müssen, ist die deutsche Wirtschaft in der Lage, den
allergrößten Verbrauch zu befriedigen. Wird diese Herstellung
nun eingeschränkt, so wäre zwar der Wunsch eines manchen
puritanischen Gemütes erfüllt, die Zinsen für die geliehenen
Gelder müßten jedoch trotzdem von den Unternehmungen ge-
zahlt werden. Den Verlust hätten also bzw. haben in der
Gegenwart der starken Betriebseinschränkung sowohl die deut-
sche Wirtschaft wie die in ihrem sozialen Niveau stark her-
untergedrückten Volksmassen.

Wenn es daher unsere Aufgabe ist, die Luxusfassaden
Deutschlands soweit sie einigen großkapitalistischen Aus-
beholdern zugute kommt, abzubauen, so wäre es doch falsch,
jenen Bedingern zu folgen, die aus dem Gesichtspunkt einer
wenig entwickelten Produktionstechnik heraus den ausgebau-
ten Produktionsapparat der Gegenwart noch mit zurückgebil-
deter mittelalterlicher Produktionstechnik verwechseln und so
zu gefährlichen Fehlschlüssen kommen. Die so gepredigte Ein-
fachheit könnte in der Wirtschaft gerade in das Gegenteil um-
schlagen, wofür wir ja heute bereits mannigfache Belege
haben. Vom Standpunkt sozialistischer Wirtschaftsauffassung
heraus muß es sich daher darum handeln, Luxusfassaden, die
einzelnen Wenigen dienen, abzubauen, dafür jedoch den größte
Ergebnisse ermöglichenden Produktionsapparat so in Gang
zu setzen, daß seine Funktion, die rapid entwickelte Techni-
kallen zugute kommen zu lassen, in vollem Maße er-
füllt wird.

So spannungslos auch der Mannheimer Parteitag der
Deutschen Volkspartei war, so hat er doch keine besondere Be-
deutung. Nicht etwa deshalb, weil Herr Dr. Scholz es unter-
lassen hat, Wortjargon zu zerlegen und zu erkennen gab, daß
er für den Augenblick im Reich keine andere Regierungskon-
stitution sich denken könnte als die vorhandene. Sondern deshalb,
weil aus den Gedanken des Herrn Dr. Scholz und vieler
anderer volksparteilicher Redner markant der Wunsch nach
Schaffung einer neuen großen bürgerlichen Partei hervortrat,
die, um die Deutsche Volkspartei herum sich kristallisierend, der
Sozialdemokratie ein mächtiger Widerpart sein sollte. Diese
Sehnsucht nach einer bürgerlichen Sammlungspolitik ist umso
beachtlicher, als sie sich mit Strömungen begegnet, die auch
in jenen deutschnationalen Kreisen immer stärker hervortre-
ten, welche das Labanquespiel der Herren Hugenberg, Hitler,
Selbde ablehnen und statt dessen in einer bürgerlichen
Sammlungspolitik die zukünftige Entwicklung sehen.
In diesem Sinne ist als Ergänzung zum volksparteilichen Par-
teitag eine Antwort interessant, die der Herausgeber der
Jungkonservativen Wochenschrift „Der Ring, Herr Heinrich
von Gleichen auf eine Anfrage der Frankfurter Zeitung
über die neuen Aufgaben Deutschlands erteilt.

Im Gegensatz zu vielen seiner konservativen Standesgenos-
sen lehnt Heinrich von Gleichen eine Politik der Destruktion
ab, betont, daß der politische Kampf gegen Versailles und Re-
parationen auch von rechts nur noch mit diplomatischer Taktik
geführt werden kann, kritisiert unter einigen Hieben auf den
„Staatssozialisten Hitler“ die von radikaler Seite geübte
„Stinkbombe der Diffamierung“, um dabei in knappen Zü-
gen seine Gedanken über den „Parteiwandel auf der Rechten“
kurz zu präzisieren. Personell auf die stark privatwirtschaftlich
eingestellten bürgerlichen Politiker wie den Bauernführer
Hepp, den Volksparteiler Scholz, die Demokraten Fischer und
Hummel, den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht
und schließlich gleichgerichtete Persönlichkeiten im Lager der
ausgesprochenen Rechten abhebend, erklärt der Führer der
konservativen Richtung, daß er zwecks Aufnahme alter kon-
servativer Tendenzen „eine Front gegen die Verfallstrati-
fizierung unseres gesamten öffentlichen politischen wie wirt-
schaftlichen Lebens als notwendige und dringende Oppo-
sitionsaufgabe ansehe, wobei — bei aller selbstverständlichen
positiv-sozialen Einstellung die eine Solidarität unseres Vol-
kes aus nationaler Not heraus bejah, — gegen den Staat“

schenden Staatssozialismus Stellung genommen wird, was zu einem Bündnis der Konservativen mit den Liberalen, soweit diese nicht ein hemmungsloses Manifestum anstreben, führen müsse.

Diese Feststellungen des Führers der Jungkonservativen Richtung, der anscheinend bei gewissen Richtungen der englischen Konservativen in die Schule gegangen ist, lassen in Verbindung mit den Stimmen auf dem volksparteiischen Parteitag in Mannheim markant die Frontlinie hervortreten, zwischen der sich der kommende politische Kampf in Deutschland abspielt.

Auf der einen Seite die Vertreter der individuellen und kapitalistischen Richtung, die irrlich glauben, in einer Zeit großer wirtschaftlicher Zusammenballungen traditionsmäßig die Methoden individueller Lebenseinstellung auch im öffentlich-wirtschaftlichen Leben fortsetzen zu können, statt zu versuchen, ihre Wertehaltung individuellen Seins im Bereich der Kulturatmosphäre zur berechtigten und notwendigen Geltung zu bringen.

Volksparteitag

Geb' ich rechts? Geb' ich links?
Wie soll ich mich jetzt benehmen?
Soll ich lieber Severinas,
Soll ich lieber Frieds mich schämen?
Bin auf Schwarz-weißrot ich stolz,
Oder ist was andres schlauer?
Curtius denkt hier nicht wie Scholz,
Beide nicht wie Moldenhauer.
In der Außenpolitik
Neig ich zwar zu Hermann Müller,
Doch die Konkurrenz um Fried
Hat dann Stoff für ihre Brüller.
Jeder mir was andres rät,
Ich bekomme viel zu viel Rat.
Ach, in meinem Kopfe dreht
Längst sich das berühmte Mühlrad.

Kommisarischer Oberbürgermeister in Solingen

Der Regierungspräsident in Düsseldorf wird, wie der Sos. Presse-dienst erzählt, als Kommunalaufsichtsinstant am Donnerstag den Regierungsdirektor beim Oberverwaltungsamt in Dortmund, Brausch, zum kommissarischen Oberbürgermeister von Solingen ernennen. Die Ernennung ist zunächst auf neun Monate befristet und dürfte nach Ablauf dieser Zeit voraussichtlich auf 12 Jahre ausgedehnt werden.

Der Eskimo

Ein Roman von der Hudson-Bai von Peter Freuchen
Copyright by Safari-Verlag, Berlin

XIII.
Die Einigkeit wurde drückend für Mala. Es war schon lange her, daß Klubbait geflohen war, und noch hatte er keinen fremden Menschen gesehen. Er lehnte sich darnach; aber niemand kam und belügte ihn, und er selbst wollte nicht reisen, um andere zu sehen. Sie sollten mit ihm kommen. Selbst die Reite zur Küste hinab hatte ihn nicht mit anderen Menschen in Verbindung gebracht.
Mala war enttäuscht. Er hatte gedacht, der Anführer eines großen Wohnplatzes zu werden; aber alle waren vor ihm geflohen. Und er herrschte nur über zwei Frauen und drei Knaben. Was nützte es da, daß in seinem Hause Ordnung herrschte, und daß er guten Fang hatte? Er konnte keine Freude. Er entbehrte Gesellschaft; aber die Einigkeit sollte ihn nicht beugen. Eigenförmigkeit und Stärke wohnten in ihm. Er wollte es schon erreichen, der große, furchteinflößende Wohnplatzführer zu werden.
Er fing viele Robben und Walrosse, und oft nahm er seine Knaben mit auf den Fang. Sie polsterten Fuchshäuten, und als Wölfe in die Nähe kamen, lehrte er sie eine neue Fangweise.
Sie nahmen ein scharfes Messer, das gut mit Blut eingeweiht wurde. Immer mehr kam daraus, bis es ein großer Kuchen wurde, der die Messerschneide gerade verbara, obwohl sie sich aufwärts lehrte. Das ganze wurde an einem Stein festgefroren, und dann freute man kleine Fleischstücke umher, die an der Stelle führten. Wenn ein Wolf hindank, legte er an dem Blut und schnitt sich in die Zunge. Aber in der Kälte spürte er die Schnittwunden nicht, ehe es zu spät war. Dann war die Zunge ganz durchsüßigt, und das Blut rann von ihr herab, wenn er fortließ, so daß sie seiner Spur leicht folgen konnten. Das taten sie und fanden bald den Wolf, verbriet und festgefroren. Auf diese Art fingen die Knaben mehrere Wölfe. Ja, Mala verstand sie von Kindesbeinen an zu erziehen.
Dabei war Mala schweigend, er aß kein Essen, ohne Freude über das federe Walrossfleisch und die wohlschmeckende Norwalkhaut zu zeigen, sah nur still da und blühte vor sich hin. Er machte sich nichts aus seinen Frauen.
„Nah uns auf eine Fangreise, laß uns auf Besuch gehen,“ sagte Inupauak. „Ich möchte meine Verwandten sehen.“

Beratung des Nachtragsetats

Die Rechte blüht ab

Berlin, 26. März. (Eig. Draht.) Der Reichstag erlebte am Mittwoch in zweiter und dritter Beratung einen Gekontwurf, durch den die

Pachtordnung bis zum 30. September 1931 verlängert wird. Es handelt sich um die siebente Verlängerung, da bisher die Verlängerung über ein neues endgültiges Pachtrecht nicht erzielt werden konnte. Allerdings liegt nun ein Pachtgesetz dem Reichstag vor.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Tempel arbeitete in einer kurzen Rede die Gegensätze auf diesem Rechtsgebiete heraus. Die bürgerliche Rechtsauffassung stützt sich auf den Bodenbesitz, die sozialistische Auffassung aber will demjenigen erhöhtes Recht gewähren, der den Boden bearbeitet. Solange die jetzige Rechtsunsicherheit besteht, wird die Produktion auch bei den Pächtern gemindert, weil sie nie wissen, wie lange sie noch diesen Boden bearbeiten dürfen. Der Kommunist Fink mußte nur ein einziges Rezept vorantreiben: Die Pächter sollen sich mit Gewalt in den Besitz des Bodens setzen. Nicht einmal bei seiner eigenen Fraktion fand dieser Aufruf Glauben, denn sie nahm ihn ohne jedes Zeichen von Beifall hin.

Es folgte die erste Beratung des Notetats für 1930, der erforderlich ist, weil der Hauptetat nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte.

Es sprach der kommunistische Abg. Torgler, der freilich nichts zum Notetat sagte, sondern Phantasien über den kommunistischen Hauptetat vortrug, der den Reichstag noch nicht erreicht hat. Der Notetat wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Bei der Beratung der Nachtrags Haushalte für 1929 die sämtlich verbunden wurden, wollte der deutschnationale Abg. Schulz-Bromberg eine Aftade gegen den Reichsinnenminister richten, weil dieser Steuergebühren für die Bekämpfung des Volksbegehrens zum Vornahme, also zur Bekämpfung der Opposition verwendet habe. Schulz blieb aber mit seinen Angriffen elend stecken.

Schon der Zentrumstribüne Dr. Schreiber erinnerte daran, daß gerade dieser Schulz einer der Vorkämpfer von Ausnahmestellen gegen die Polen unter der Monarchie gewesen sei.

Reichsinnenminister Severing

brachte noch viel bessere Erinnerungen aus der Kaiserzeit. Er rief u. a. ein Attentat aus, durch das dem Regierungspräsidenten von Potsdam aus dem preussischen Ministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalibern gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt worden seien. An der Bearbeitung dieser Sache war damals ein Referent des Innenministeriums beteiligt, und zwar der jetzige deutschnationale Abg. Graf v. Westary. Das Ganze applaudierte dem Minister und sagte fröhlich. Der Angriff der Deutschnationalen war gründlich erledigt.

Für die Kommunisten sprach dann der Abg. Maslowitz, der ein Bündnis des Pächters und der Sozialdemokratie zur Vorbereitung eines Kriegen gegen Sowjetrußland in seinen aufgereizten Demagogien sah.

Wie öfters schon machte sich der frühere zaristische Offizier und jetzige östlich-deutschnationale Abg. v. Frentag-Boringhosen gegen den Reichstribüne der transsylvanischen Dele, daß auch nach dem Vornahme noch ein Sanktionsrecht bestünde.

Mit Recht hielt ihm dann der demokratische Abg. Georg Böhmer (der Chefredakteur der Vossischen Zeitung) vor, daß der transsylvanische Ministerpräsident sich bei seiner Rechtsauffassung auf den deutschnationalen Abg. v. Frentag-Boringhosen beziehen könne.

Als die nationalsozialistischen Abg. Gäßels und Sträßer

antisemitische Zureufe

machten, antwortete Bernhard Schönerberg: „Nach Ihrem Aussehen, meine Herren, glaube ich, daß meine Vorfahren länger in Deutschland sitzen als die Juden.“

Der volkskonservative Abg. v. Vindeiner-Wildau glaubte einer Oberlehrerrede halten zu müssen, weil beachtet ist, am 1. März sozialdemokratische Feiern durch den Kaufmann übertragen zu lassen. Der größte Teil der Nachtrags Haushalte wurde in zweiter Beratung erledigt. Abgelehnt wurde ein Antrag der Leipziger Arbeiter zum Zuschuß von 400 000 M. zu gewähren.

Sein Kronzeuge



Thüring. Innenminister Frick: „Die wichtigsten Argumente für meine Auffassung berührt der bekannte Jurist Dr. Ernst Cohn im Preussischen Verwaltungsbblatt!“

Sowjetprotest gegen Heib

Die Sowjetregierung hat in Berlin gegen die Festschließung des bayerischen Innenministerpräsidenten Dr. Heib an der Protestkundgebung der Münchener Katholiken gegen die Religionsverfolgungen in Sowjetrußland Protest erhoben.

Wiederbelebungsversuche der Flottenkonferenz

London, 26. März. (Eig. Draht.) Die amerikanischen Vorschläge, welche die Arbeiten der Flottenkonferenz nach zweiwöchiger Pause wieder in Gang bringen sollen, sollen jetzt von den Führern der Delegationen erörtert werden. Wie es scheint, hat Amerika seine Bereitschaft, mit den übrigen vier Konventionen einen sogenannten Kompulsivpakt abzuschließen, an andere Bedingungen geknüpft.

Rumänische Zollrepressalien gegen Deutschland

Bukarest, 26. März. (Eig. Draht.) In Anbetracht der von der deutschen Regierung beschlossenen Getreidebeschlüsse plant die rumänische Regierung den Wiedereinstieg der deutsch-rumänischen Handelsverhandlungen und eventuell Repressalien gegenüber Deutschland. Die Pläne der rumänischen Regierung werden von rumänischer Seite damit begründet, daß die von deutschen Reichstag gegen das rumänische Getreide gerichteten Beschlüsse als ausgesprochene Kampfbeschlüsse zu betrachten sind.

Bilubits Brader soll Ministerpräsident werden

Warschau, 26. März. (Eig. Draht.) Der Staatspräsident hat am Mittwoch den Abgeordneten Jan Bilubits, den jüngeren Bruder des Marschalls, mit der Kabinettsbildung beauftragt. Die Anforderung scheint auf eine Kampfanlage an den Sejm hinzudeuten.



Mala antwortete nicht. „Wenn jemand auf eine Besuchreise gehen soll, dann bis ich es diesmal,“ sagte Mala. „Du bestimmst doch wohl nicht, wer reisen und wohnen es gehen soll?“

Inupauak war gleich bereit, durch einen tüchtigen Jant etwas Abwechslung in ihr Dasein zu bringen. Wenn sie nur auch Mala erzählen konnte, dann geschah doch etwas.

Aber er sah still da, den Ellenbogen aufs Knie und das Kinn in die Hand gestützt, und wenn sie sich zu sehr sankten, stand er auf und ging hinaus.

„Ach, ich glaube, ich hätte einen tüchtigen Mann bekommen, der Frauen liebt. Wäre er da nicht besser Jungweib geblieben?“ Nichts konnte Mala reizen.

Eines Tages fuhr Mala weit ins Land hinein, um einige Rentierkadaver zu holen, die er im Sommer ins Depot gelegt hatte. Er war mehrere Tage fort und mußte unterwegs schlafen. Kleine Schneehäuser baute er da, gerade hinreichend für einen einzelnen Mann.

Eines Nachts schlief er, als er Schritte vor seinem Hause hörte. „Wer ist da,“ rief er, aber niemand antwortete.

Es war wohl ein Mensch, der gegangen kam, vielleicht ein Feind, der hinter ihm her war. Er sprang auf, entfernte die der Richtung, aus der Schritte gekommen waren, ein paar Schneehäuser aus der Mauer und steckte seinen Büchsenlauf hinaus. Als er den Kopf hinaussteckte, war niemand draußen. Alles war leer. Seine Hunde lagen aufmengerrottelt da und schliefen. Er zählte sie, sie waren alle da und hatten nichts bemerkt.

„Das ist doch merkwürdig,“ dachte Mala, zündete seine Lampe an, flüchte das Haus wieder und wartete, bis es Morgen war. In dieser Nacht schlief er nicht mehr.

Ein andermal machte er auf, als die Stunde Lärm zu machen begannen. Das kurze Klaffen, das anzeigt, daß etwas Fremdes sich nähert. Mala fuhr wieder auf. Was gab es? Büchse und Kopf durch die Schneemauer hinaus. Er wollte nicht übersehen werden. Die Stunde standen da und hielten, aber nichts war zu sehen. Es war aber doch klar, daß die Stunde etwas sehen konnten. Es mußte also ein Berggeist in der Nähe sein, der nur den Hunden sichtbar war. Und Mala merkte, daß jemand auf sie lauerte. Vielleicht die Kuhherder der Toten, die sich rächen wollten, vielleicht die Seele des Berges, der von ihm beleidigt war. Er mußte sich in acht nehmen.

Als er heimkam, sagte er seinen Frauen nichts, nahm aber einige Fellriemen mit hinein, die er um Oberleib und Kopf schnürte. Er flüchte sich auf den Hühnerboden und begann ein kleines Pied zu träufeln. Zuerst leise, dann immer lauter, und zuletzt begann er zu tanzen. Den Oberkörper schwang er seitwärts und schüttelte den

Kopf. Und immer stärker und stärker wurde der Gesang. Bald hatte er die Erde ganz verlassen und rief seine Hilfsgeister. Mala beschwor die Natur und erlaubte geheimnisvolle Dinge. Er fiel langsam auf die Knie und lag lange Zeit bewußtlos da. Seine Seele flog rufellos durch die Luft, bis sie das Geheimnis erhellte hatte und Verhaltungsregeln getroffen waren.

Als Mala erwachte, war er schwach, aber ruhig. Keiner fragte ihn, und seiner deutete an, daß etwas Ungeübliches geschehen war, aber sie dachten viel darüber nach.

„Es ist am besten,“ sagte er kurz darauf, „daß wir alle andere Namen benutzen. Denn wird das Böse, das es auf uns abgesehen hat, irreführend. Sie suchen Mala, aber hier wohnt Niemand, und ihr sollt mit neuen Namen genannt werden. Nehmt einen eurer anderen Namen und laßt uns sie benutzen, bis die Sonne über uns setzten gewesen und wieder verschunden ist.“

Hierauf nahm er seinen Pelz, ging hinaus, schürte die Stunde an und fuhr die Küste entlang, um nach seinen Fuchshäuten zu sehen. Er blieb die Nacht über fort und schlief ungestört in seinem kleinen Schneehaus.

Die Tage begannen heller zu werden, und man mußte, daß Wege diesen Weg kommen würden. Einige, weil sie Verwandte in den Süden besuchen, andere, weil sie Handel treiben wollten. Sie mußten an Malas Wohnplatz vorbeikommen, und dann erfuhr man Neuigkeiten. Es war gut, wenn man ledere Dinge dabei hatte. Mala brachte fast jedesmal, wenn er fort war, Fleisch mit heim, obwohl seine Gerichte bereits voll waren; aber dann baute er immer neue, denn wenn Fremde kamen, sollten sie sehen, daß hier ein Mann mit vielem Fleisch wohnt.

„Laßt uns über Land fahren und die sieben Rentiere holen, die wir bei dem kleinen heißen Felsen haben. Sie waren jung und fett und ich lehne mich darnach, Rentierfleisch aus dem Depot zu schmecken,“ sagte er eines Tages zu Ojokidok.

Sie erreichten ihre Rentiere und beschloßen, zunächst ein Paar zu hauen und die Tiere erst am nächsten Tage loszulassen. Bald war das Haus fertig, und sie hauen einen kleinen Schuppen, in dem immer eine Schüssel stellten. Es war ein alter eiserner Teller, der immer hierzu gebraucht wurde. Sie taten Speck hinein und wendeten ihn ihren Töpfen darüber und bereiteten sich ihr Essen. Ojokidok holte die Knochen, Mala sah nach den Stunden und haute ein Gefäß, um den Schritten darzustellen. Alles ging ruhig vor sich, aber Mala trug deshalb viel Speck und Fleisch ins Haus, das er mit festem Schnee überhäufte, damit der Wind ihre Wohnung nicht zerstörte.

(Fortsetzung folgt.)

„Geheimrat“ Hitler?

Schiebungsversuch Thüringens zwecks Befähigung der deutschen Staatsangehörigkeit für Hitler

Die thüringische Regierung beabsichtigt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, Hitler zum thüringischen Staatsangehörigen zu bestellen, um ihm auf diese Weise die Möglichkeit der Erlangung der thüringischen Reichsbürgerrechte zu verschaffen.

Die Ernennung eines Ausländers zum Staatsangehörigen, wohl etwa zum „Geheimrat“, schließt nach der thüringischen Verfassung die Naturalisierung in sich.

In dem Thüringen des Herrn Fritsch ist jedoch kein Ding, und vor allem keine Schiebung, unmöglich. Man stelle sich vor, daß der wahre Sinn der Gesetzgebung verflüchtigt werden soll.

Thüringen protestiert gegen Reichskommissar

Die thüringische Regierung hat gegen die Entsendung eines Reichskommissars zur Untersuchung der Verhältnisse bei der thüringischen Polizei Protest erhoben.

Wir glauben es gerne, daß die Entsendung eines Reichskommissars der Regierung Fritsch wenig behagt. Die Reichsregierung hat jedoch alle Ursache, sich um solchen Protest wenig zu kümmern.

Die Nationalen verkaufen Hindenburg

Der Diplomatwirth Blah in Bisselshövede bei Bremen geht zu den Häuptlingen des Tannenbergbundes, dessen Ehrenvorsitzender Reichspräsident Hindenburg ist.

„Eine Hindenburgbühne, so gut wie neu, billig zu verkaufen aber einzustufen gegen ein gutes Bild von Martin Luther bei Blah, Marktstraße.“

Die Geschäftstätigkeit des Herrn Blah hält seiner Tannenberggenossenschaft immer noch die Waage. Hätte er die Hindenburgbühne stillschweigend in die Gerümpelkammer verbannt, so hätte er nur vor sich selber demonstriert.

Grubenunglück in Westvirginia

Morgantown (Westvirginia), 26. April. Bei einer Explosion in der Kronen-Mine bei Fairmont wurden 12 Bergleute getötet.

Neue KPD.-Schwenkung

Nach dem Putschismus wieder einmal Einheitsfrontgeschrei

Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat am 20. und 21. März 1930 unter leitender Aufsicht eines berühmten Parteimitglieds eine Resolution fabriziert, in der sie ihre auf Befehl Stalins vollzogene Schwenkung öffentlich bekannt gibt.

Die selbständige Führung der Massenbewegung ist unentbehrlich ohne den entschlossenen unverfälschten Kampf.

1. gegen die größte Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, das Anwachsen des revolutionären Aufschwungs, und die Zunahme der Krisisgefahr leugnet, die selbständige Taktik der KPD. in der Gewerkschaftsführung und in der selbständigen Führung der Massenbewegung ablehnt, die Kommunisten an den sozialistischen Gewerkschaftsapparaten zu fesseln versucht.

2. gegen das mit schönen Phrasen und schönem kapitalen Geschrei maskierte Selbstvertrauen, das den Kampf um die parlamentarische Einheitsfront von unten, um die Loslösung der sozialistischen Arbeitermassen von dem Einfluß der sozial-faschistischen Führerschaft ablehnt, oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterschätzt.

Der erste Punkt widerspricht dem zweiten. Der erste Punkt wendet sich gegen die kommunistischen Funktionäre, die die Wahlkampftaktik des Angriffs auf die Gewerkschaften mit Hilfe der un-

organisierten bekämpft haben, der zweite Punkt aber verdammt die, die diese Taktik betrieben haben.

Punkt 2 ist im übrigen sehr deutlich. Er ist eine unverhohlene Abfrage an den Putschismus, an die Politik der Berramfung der kommunistischen Betriebe, eine fälschliche Ohrfeige an die gesamte kommunistische Presse und ihr großmütiges hysterisches Geschrei.

Der Zusammenbruch verschiedener putschistischer Experimente und des Spiels mit den „roten Betriebsräten“ ist offenkundig. Ihre Isolierung von der Arbeiterschaft tritt täglich mehr hervor.

3. gegen das mit schönen Phrasen und schönem kapitalen Geschrei maskierte Selbstvertrauen, das den Kampf um die parlamentarische Einheitsfront von unten, um die Loslösung der sozialistischen Arbeitermassen von dem Einfluß der sozial-faschistischen Führerschaft ablehnt, oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterschätzt.

Statt Streikbrecher, Klassenfeinde und Sozialfaschisten wird es nun wieder heißen: „Anjere sozialdemokratischen Brüder“.

Ob Putschismus oder Einheitsfronttaktik: Das Ziel der Förderung der machtvoll organisierten deutschen Arbeiterbewegung im Interesse der russischen Politik. Dieses Ziel werden sie weder auf dem einen noch auf dem anderen Wege erreichen.

Die Reichswehrraffäre

Aus Stuttgart wird gemeldet: In den letzten Tagen ist verschiedentlich durch die Presse die Nachricht gegangen, daß in Ulm in Verfolg der Hausdurchsuchungen bei Führern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei vier neue Verhaftungen vorgenommen worden seien.

Marconis Experiment gelungen

Das Experiment Marconis, die Lampen der elektrotechnischen Ausstellung in Sydney von seiner vor Genua liegenden Nacht Elektra aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen.

Freistaat Baden

Die Fleischsteuer

Durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. März 1930 — Gesetz und Verordnungsblatt Seite 17 — ist der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Fleischsteuergesetzes, das ursprünglich auf den 1. April 1930 erfolgen sollte, auf den 1. April 1932 festgesetzt worden.

Kund um den Stahlhelm

Durch die Presse geht folgende Notiz: Mit dem 1. April geht die bisher der Deutschnationalen Partei nahestehende „Badische Zeitung“ in den Besitz des Stahlhelms über.

Die schönsten Anzüge und Mäntel 48.- 58.- 68.- 80.- 95.- Julius Löwe Werderplatz 25

Der deutsche Herr der Kiffkabylen

Die Abenteuer des Fremdenlegationsrats Klems — Ein treuer Helfer Abd el Krims — Die Passagiere des verbotenen Schiffes

Zweimal im Jahr bringt der französische Dampfer „La Marianne“, der zur Spionagearbeit herbeigekommen, die „Bagnards“ in die Strafkolonien, einmal jährlich verläßt derselbe Dampfer mit einer großen Menschenmenge den Hafen von Algier.

Das erste französische Sprachrohr, das Klems besaß, half ihm auch bei dem zweiten Fremdenlegationsrat-Regiment anzuwerden. Da er seine rüstete er kräftig war und die französische Sprache bald erlernte.

Das erste französische Sprachrohr, das Klems besaß, half ihm auch bei dem zweiten Fremdenlegationsrat-Regiment anzuwerden. Da er seine rüstete er kräftig war und die französische Sprache bald erlernte.

Das Wirken des Fremdenlegationsrats Klems hat, wie die Begebenheiten der Kolonialmächte ausgehen haben, in ausschlaggebender Weise zur Befestigung des Widerstandes Abd el Krims beigetragen.

flüchtete und konnte lange Zeit hindurch trotz der genauesten Nachforschungen nicht aufgefunden werden. Aber rein zufällig kam doch eine Kompanie eines Fremdenlegationsrat-Regiments in eine abgelegene Gegend des Rifgebirges, in der „El Hadj Alliman“ sich versteckt hatte.

Durch Eingreifen der deutschen Regierung wurde das Todesurteil später auf lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Lange Zeit lag Klems immer noch erkrankt im Verlies, „Maison carree“, dem Gefängnis von Algier, bis er nimmer endlich transportfähig geworden ist.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Altes Sinfonieorchester

Die dritte Mahler-Sinfonie bietet dem von der Tagesarbeit ermüdeten Hörer nicht viel Erquickliches, zumal wenn ihr das Beethovenische Violin-Konzert noch vorangeht.

überfüllte Interpretation. Die beträchtliche Verstärkung, die die hiesige Volkstheaterkapelle stellte, hatte sich mit dem Volksoperchester zu einem langatmigen Instrument verschmolzen.

Alma Mahler ist wohl eine der größten Geisteskräfte unseres Jahrhunderts. Ihr Beethovenstudium ist legendär. Sie spielte klar und plastisch, ohne bedeutende Steifheit, den zweiten Satz leisevoll, ohne irgend welche sentimentale Effekte oder Klänge und den Schlussatz energiegelad, ohne ihm Gewalt anzutun.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Altes Sinfonieorchester

Die dritte Mahler-Sinfonie bietet dem von der Tagesarbeit ermüdeten Hörer nicht viel Erquickliches, zumal wenn ihr das Beethovenische Violin-Konzert noch vorangeht.

überfüllte Interpretation. Die beträchtliche Verstärkung, die die hiesige Volkstheaterkapelle stellte, hatte sich mit dem Volksoperchester zu einem langatmigen Instrument verschmolzen.

Der Abbau der Dotationen

Opposition um jeden Preis - Abrechnung mit den Hakenkreuzlern - Kommunistische Wahnideen - Verhandlung der Debatte - Dotationsgesetz angenommen - Kommunisten gegen sozialdemokratische Anträge

Die Dotationsdebatte war recht interessant. Die Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Staat und Kirche standen auf einer beachtlichen Höhe. Der Kommunist Bod ist natürlich absoluter Gegner der Kirche; nicht ohne Heiterkeit wurde seine Mitteilung über die Stellung der Kirche in Rußland aufgenommen. Glaube und Unglaube seien in der Sowjetunion frei, meinte Herr Bod. Nur, daß man den russischen Bürgern, die noch glauben, die Kirchen ausgeschlossen hätte! Die Bolschewisten haben ja allerdings besonders eigenartige Freiheitsbegriffe. Alles ist frei, jeder ist frei, wenn aber von der Freiheit ein Gebrauch gemacht wird, der den Nachbarn nicht paßt, löst es meistens das Leben!

Mit einer gewissen Spannung konnte man der Stellungnahme der Parteien entgegensehen, die sich so gerne als die Vertreter des evangelischen Volksteils aufstellen, besonders des evangelischen Volksteils und dann der Deutschnationalen. Aber auch bei diesen beiden Parteien stand mehr die parteipolitische Einstellung gegenüber der Regierung wie die Sache selbst im Vordergrund der Ausführungen. Welch eine Logik! Das Gesetz verlangte einen langsame, allmählichen Abbau der Dotationen, nicht deren gänzliche Beseitigung! Über Deutschnationale und evangelischer Volksteil lehnen das Gesetz ab, weil es angedeutet gegen die evangelische Kirche richte, unterschreiben aber den demokratisch-liberalen Antrag, wonach in 5 Jahren die Dotationen überhaupt beseitigt sein sollen. Dieser Widerspruch beleuchtet mehr wie alle Worte die wahre Einstellung dieser ganzen soa. „Opposition“ von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen! — Wenn es nur um die Sache zu tun war, der konnte unbedingt dem Gesetze zustimmen, denn es brachte endlich eine heile unstrittene Frage zu einem gewissen Abschluß, die bisher bestehenden unklaren Verhältnisse würden geordnet in Ordnung gebracht, durch den langsamen Abbau haben die Kirchen die Möglichkeit, sich in den nächsten Jahren auf den kommenden Zustand des gänzlichen Wegfalls der Dotationen einzurichten, also wer guten Willens war, konnte und mußte diesem Gesetze zustimmen. Aber was ist denn diese Landtagsopposition? Verneinung, Logik, Gerechtigkeit! Die Regierung hat ein Gesetz eingebracht, die Regierungsparteien stützen das Gesetz, stimmen ihm zu: Also muß es von einer selbstbewußten, unentwegten Opposition abgelehnt werden! Politik mag das sein! Ob aber im Interesse des Volksganzen gelegen, darf bezweifelt werden. Die Wahrscheinlichkeit wird über diese Oppositionsdemagogie ihr Urteil zu fällen haben.

45. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 26. März 1930.

Die allgemeine Aussprache über das Dotationsgesetz wird fortgesetzt. Abg. Bod (Komm.) verteidigt zunächst seine russische Sowjetunion, in der der Glaube und der Unglaube frei seien. Auch die Sozialdemokratie sei an der Erhaltung der Religion und der Dotationen interessiert. (Deshalb beantragt sie wohl Abbau der Dotationen! D. B.) In Baden sei der Kirchenstaat mit der Hilfe der Sozialdemokratie im Werden begriffen; das werde sich auch beim Konkordat zeigen. Trotzdem ihm wiederholt zugerufen wurde, daß die Sozialdemokratie sich immer bei dem Titel Dotationen der Stimme enthalten habe, behauptet Herr Bod dennoch, die Sozialdemokratie habe für die Dotationen gestimmt; er bezeichnet dann die Anforderungen für das Freiburger Münster, für Religionslehrer, Priesterseminare, ebenfalls als Dotationen. Den sozialdemokratischen Antrag betreffend Beseitigung der Höchstgrenze der Kirchensteuern lehnen die Kommunisten ab, — weil dann die Kirchen noch mehr ausgebeutet werden könnten!

Abg. Bergsch (Ev. Volksd.), wendet sich gegen das Zentrum, das die seit einem halben Jahrhundert bestehende Parität verlassen habe. Das Gesetz sei nicht gerecht. Der Gesetzesentwurf sei ein Faustschlag gegen das soziale Gewissen. (Widerspruch.) Es werde Unfrieden in das Volk getragen. — Abg. Dr. Schmittbener (D.Nat.) behauptet ebenfalls, das Gesetz bringe eine ungerechte Zurücksetzung der evangelischen Kirche. Es sei zu bedenken, daß die Regierung es gemacht habe, diesen Gesetzesentwurf vorzulegen. Er lehnt deshalb das Gesetz ab.

Minister Dr. Kemmle

wendet sich gegen die Vorredner. Den Vorwurf, er, der Minister, habe Unfrieden in das Volk getragen, weise er entschieden zurück. Das Gesetz werde nicht von einem einzelnen Minister vorgelegt, sondern von dem Gesamtministerium. Diefelben Herren, die uns draußen im Lande anklagen wegen des hohen Steuerdrucks, machen uns heute den Vorwurf, daß wir in der Lehrerbildung vor vier Jahren nicht weitergegangen seien. Schon die Tatsache, daß seit 1899 die katholische Kirche einen höheren Betrag erhalten hat, zeigt, daß die Parität der Zahlenden nicht beachtet worden ist. Der Minister stellt fest, daß die Vermutung nicht von der Hand zu weisen sei, daß es sich bei der Opposition nicht mehr um eine objektive, sondern um eine subjektive Einstellung handle, zu dem Zwecke, die religiös-schwachen Volksteile gegeneinander aufzubringen.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) begründet in historischen Darlegungen die Berechtigung der Kirche zu ihren Forderungen. Der Redner leitet das Recht der Kirche aus den verschiedenen historischen Begebenheiten zu Beginn des 19. Jahrhunderts ab (Reichsdeputationshauptschlus, Friede zu Lunzville, Säkularisation usw.) Zu bedenken sei vor allem, daß in die Debatte das Argument der Parität der Zahlenden gemommen worden ist. Wenn mit diesem Argument in anderen Fragen auch verfahren wird, kann es zu sehr befürchtlichen Konsequenzen führen. Es ist dies das kapital-

istischste und brutallste Argument, das es gibt. Es ist verlegend für den ganzen katholischen Volksteil, wenn man ihm vorwirft, deshalb, weil er an direkten Steuern weniger leistet, hat er auch keinen Anspruch auf gleiche Behandlung. (Zustimmung beim Zentrum.) Der Redner weist den Vorwurf, die evangelische Kirche werde ungerecht behandelt, zurück. Wenn man von gewollter Benachteiligung sprechen wolle, so könne das die katholische Kirche gegenüber den Jahrzehnten vor dem Umsturz 1918 von sich behaupten. Wir wollen den Frieden unter den Konfessionen auf der Basis des Rechts, der Gerechtigkeit und der Parität. Das Gesetz gefällt uns in manchem nicht, aber es bringt doch einen Fortschritt, und deshalb stimmt das Zentrum zu. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Teufel (Ev. Volksdienst) bezeichnet die Westfälische von Siedel als nichtsmutiges Nachwerk; auch Nietzsche und Schopenhauer gefallen ihm nicht. Die Kirchen existieren in den Schulen Charaktere und deshalb verdienen sie die Unterstützung des Staates. Auch die Sozialdemokratie müsse einmal Farbe bekennen, christlich oder antichristlich! Herr Teufel verweist den Rednerult im Landtag mit seiner Kanzel in Leutershausen.

Abg. Maier (Soz.)

stellt fest, daß die Opposition aus dem Gesetz einen Streit zwischen den beiden Konfessionen gemacht habe. Scharf wendet sich der Redner gegen die Nationalsozialisten. Mit Redensarten, die Sozialdemokratie hänge an dem Ministerposten oder Staatsratsposten, könne man vielleicht draußen bei den gebankelnden Hörern Eindruck machen. Für 40.000 finden sich bei Jönen (den Nationalsozialisten) Kreaturen, die alles machen. (Abg. Lenz fängt unter großer Heiterkeit heftig zu brüllen an.) Mit Leuten, die mit solchen Argumenten und Unterstellungen arbeiten, wie es gestern der Abg. Köhler getan, kann man nicht diskutieren. Leute, die einer Partei herab immer ihre Ministerposten vorwerfen, ihre eigenen stehlen, sollten nach diesen Vorfällen haben. — Von den Kommunisten hätte man wenigstens erwarten dürfen, daß sie unter dem Antrag zustimmen. Aber die Kommunisten sind Sozial, das im Jahre 1924 die verheißene Dotation durchgegangen ist. Man muß eben bei seiner Politik auch denken, und nicht immer nur in Bestrebungen stehen. Die Kommunisten sind von sich eine Wahnidee befallen, daß der Serenalanke noch als ein Aufklärungszeit zu bezeichnen ist. Man kann den Kirchen nicht auf einen Schlag 2/3 Millionen Mark wegnehmen.

Durch den Antrag der Opposition verliert die evangelische Kirche weit mehr, als die Regierungsvorlage will.

Aber man weiß ja, der Antrag wird nicht angenommen, da kann man dann draußen so schöne Veltation treiben. Der Redner stützt aus den früheren Landtagsprotokollen Äußerungen des Abg. Dr. Mattes, v. Au, Dr. Gieseler, die sich damals alle gegen den von der Sozialdemokratie vorgelegten Vorschlag wandten. Wenn wir deshalb jetzt den Oppositionsantrag nicht für erheblich halten, so ist das begründet.

Uns gefiel auch manches am Gesetz nicht, besonders nicht, daß der Endtermin des völligen Abbaues der Dotationen noch nicht festgelegt ist. In den Streit zwischen den beiden Konfessionen mischen wir uns nicht ein. Die katholische Kirche kann aber sagen, daß sie seit 1876 unparteilich behandelt worden ist. Der Standpunkt der Evangelischen ist nicht zu verstehen. Sie wollen ihrer Kirche weit mehr Geld abspargen als die Regierungsvorlage es will. Bei der Volkspartei zeigt sich wieder der liberale Serenalanke, der uns in der Welt so verhäßt gemacht hat, der preussische Kürassierstiefel, die Auffassung, daß alles nur nach der Größe des Geldbeutels zu beurteilen und zu regeln ist. (Vehemente Zustimmung bei der Sozialdemokratie und dem Zentrum.)

Wir sind Anhänger der völligen Trennung von Staat und Kirche. Die Kirchen sollen ihre Dinge, insbesondere in finanzieller Hinsicht selbst erledigen. Dafür haben sie ihr eigenes Steuerrecht. Wir sind eine politische Partei. Nach der Weltanschauung fragt niemand. Wir sind die Sozialdemokratie. Die Religionssysteme umschere sittliche Werte enthalten. Wir verbiten uns aber, daß wir deshalb zu den schlechtesten Menschen gehören sollen, weil wir nicht die konfessionelle Auffassung der Herren Ewald oder Bergsch haben.

Der sozialistische Staat braucht sittliche und ethische Grundbände im höchsten Maße.

Mit den Grundbänden der Nationalsozialisten können wir keinen Staat aufbauen. So einfach liegen die Dinge aber auch nicht, wie die Herren im Evangelischen Volksteil es sich ausmalen, daß es nur gute und böse Menschen gibt, und danach alles einteilt und erledigt. (Beifall bei der Sozialdemokratie.) — Danach wird nach 1/2 Uhr die Sitzung geschlossen und Weiterberatung auf nachmittags 1/4 Uhr anberaumt.

46. Sitzung

Die Sitzung beginnt mit einer kräftigen Stänzung der Nationalsozialisten durch die Wirtschaft- und Bauernpartei. Einer der Herren Hakenkreuzler hatte in Veranlassungen im Lande die Wahrheit in gemöhrter Weise umgehoben.

Die Dotationsdebatte wird hierauf von der zweiten Rednerreihe der Opposition fortgesetzt. Neues, Gutes oder Besseres wurde nicht mehr vorgebracht. Es sprachen die Abg. Bauer (D.Nat.), der ein Loblied auf seine frühere nationalliberale Partei und seinen jetzigen Parteichef Dr. Mattes sang, sonst aber zur Dotationsfrage nichts Wesentliches mehr zu sagen wußte, Abg. Dr. Veers (Dem.), dem es auch nicht gelang, einen schlechten Standpunkt mit schon gewählten Worten zu rechtfertigen, worauf

Minister Dr. Kemmle sich nochmals genötigt sah, verschiedene Unrichtigkeiten richtig zu stellen. Der Minister stellte fest, daß er im November sein Amt angetreten habe, aber damals hätten die Verhandlungen mit den Kirchen schon geführt worden sein müssen, also Minister Dr. Veers hätte bereits diese Aufgabe gehabt. Der

Minister findet das Verhalten eines früheren Mitgliedes der Regierung, das nun nach so kurzer Zeit die Regierung bloßstellen versuche, als eigenartig. — Dann kommen wieder Abg. Schmittbener (D.N.), Abg. Bod (Komm.) und Abg. Köhler (Nat. Soz.), der auf den Minister Dr. Kemmle sehr böse ist, weil er die Nationalsozialisten als Irdischismus bezeichnet hätte. Der Herr Köhler liefert den Beweis, daß der Minister ein wahres Wort gesprochen. Es ist ein Skandal, was sich diese jungen, unwilligen, unreifen, uneroegen und ungesogen Leute im Landtag alles herausnehmen. —

In der weiteren Debatte beteiligten sich noch der Abg. Dr. Perlen (Zentr.), der sich nochmals eingehend mit der Opposition auseinandersetzt, dann Abg. Dr. Veers (Dem.), Frau Abg. Richter (D.N.), die sogar den lieben Gott als Zeugen anrief für das furchtbare Verbrechen, das da an der evangelischen Kirche begangen wurde, und Abg. Ewald (Ev. Volksd.).

Minister Dr. Kemmle antwortet auf die geistige Frage des Abg. Maier wegen des Kirchenvermögensgesetzes, daß das Ordinarium in Freiburg auf die Anfrage erwidert habe, daß zur Zeit das Gesetz noch nicht durchführbar sei. Der Vollzug des Gesetzes werde ernstlich ersehnt. Der evangelische Oberkirchenrat antwortete, daß er zu einer mündlichen Aussprache bereit sei. Weiter ist bis zum heutigen Tag nichts geschehen. Das Ministerium ist der Auffassung, daß ein Zwang zur Verwirklichung auf die Kirche nicht ausgeübt werden könne, auch nach dem Gesetze nicht. In ausgereicherter Weise begründete dann der Minister nochmals den Standpunkt der Regierung. Scharf wies der Redner auch die Unterstellungen der Herren Radikalen Landesezeitung zurück. Die Regierung hat die Gemeinden zu hören, ebenso Organisationen, aber sie kann nicht um die Zustimmung zu Gesetzen erfragen. Es wäre zu bedenken, wenn der Regierung aus Unlab dieses Gesetzes eine Unfreundlichkeit gegenüber den Konfessionen vorgeworfen würde. Ein Anlaß zum Unfrieden in den Konfessionen liegt nicht vor. — Damit war die Debatte erschöpft. Im Schlußwort verurteilt Abg. Hofheins nochmals mit vielen Worten für den Antrag der Opposition Stimmung zu machen.

Abg. Maier (Soz.) bestirmtwortet in seinem Schlußwort den sozialdemokratischen Antrag. Wenn man den Kirchen die Beträge wegnehme, müsse man ihnen volles Steuerrecht geben. Dann weiß der Redner den Nationalsozialisten nach, daß sie wieder auf Wegen der Unwahrscheinlichkeit waren. Solche Unterstellungen, wie sie Abg. Köhler gemacht, bringt nur ein Mann fertig mit einer Gesinnung, die man parlamentarisch nicht bezeichnen kann.

Es folgen die Abstimmungen. Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt, der Antrag verlangte völlige Trennung von Staat und Kirche; ein weiterer Antrag der Kommunisten betr. des Konkordats wird ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag der Opposition wird mit 46 gegen 24 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt, auch der Votenantrag der Opposition wird mit der gleichen Mehrheit abgelehnt.

Das Gesetz wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 27 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Gegen die sofortige zweite Beratung ist Einspruch erhoben, die weitere Behandlung des Gesetzes und endgültige Entscheidung muß am 8. April ausgesetzt werden.

Der sozialdemokratische Antrag betreffend die Beseitigung der Höchstgrenzen für die Landeskirchensteuer und die rechtzeitige Verlegung einer neuen Vorlage betr. den weiteren Abbau der Dotationen nach Ablauf des jetzt beschlossenen Gesetzes wird in seinem ersten Teil mit 36 gegen 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Kommunisten stimmen mit dem Zentrum gegen den sozialdemokratischen Antrag. Der zweite Teil des Antrages wird mit derselben Mehrheit angenommen. Die Kommunisten stimmten auch hier dagegen, sie sind also gegen den Abbau der Dotationen. Am 1/8 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag, 27. März, vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Die Unterrichtsgelder und Studiengebühren

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

1. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Frage zu prüfen, ob die Höhe der Unterrichtsgelder und Studiengebühren der Studierenden an den badischen Hochschulen nach sozialen Gesichtspunkten gekürzt werden kann.
2. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, auch den Studierenden im ersten und zweiten Semester in Fällen der Bedürftigkeit und Würdigkeit Stipendien und Nachlass der Unterrichtsgelder zu gewähren.

Zigaretten-Steuerlager und Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe Die Genossen Dürr, Schweifer und Weismann, welche in Tabak-Bezirken gewohnt sind, haben folgende kurze Anfrage gestellt:

Was bedeutet die badische Regierung zu tun, um der vorzunehmenden eintretenden stärkeren Arbeitslosigkeit unter den badischen Tabakarbeitern zu begegnen, wenn die vom Reichsrat beschlossene Abschaffung der Steuerlager für Zigaretten zur Tatfache wird?

Es wäre zu prüfen, ob nicht der Erwerbslosenerwerb aus den durch die vorgesehenen Maßnahmen ankommenen Steuerentnahmen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, damit denjenigen durch die beschlossenen Steuerentnahmen erwerbslos gemordenen Tabakarbeitern und Tabakannektisten, welche ihre Ansprüche durch frühere Erwerbslosigkeit teilweise schon ausgeschöpft haben, oder die überhaupt noch keine Ansprüche geltend machen können, von ihrer neuerlichen Erwerbslosigkeit ab die volle Dauerleistung der Erwerbslosenversicherung erhalten können.

In die Arriensfrage sollten alle durch diese Maßnahme erwerbslos gewordenen Tabak-Arbeiter in vollem Umfang Aufnahme finden können, solange die schlechte Wirtschaftslage andauert.

Außerordentlich preiswerte Frühjahrs-Anzugstoffe

relnwollene, sehr tragfähige Qualitäten

Mark 10.- Mark 13.- Mark 14.- Mark 15.- per Meter

Leipheimer & Mende

Aus aller Welt

Wortwechsel mit dem Revolver

Kufareit, 26. März. (Via Draht.) Im Verlaufe eines Wortwechsels erschloß ein Waffenmeister des hiesigen Ungarischen einen Kapitän und Unterleutnant mit feinem Dienstrevolver. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst.

Frank Heine zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Wiesbaden, 26. März. Das Strafgericht verurteilte den durch die Unerreichte Fällungsangelegenheit bekannten Angefallenen einer Privatanklage, Frank Heine, zu sechs Monaten Gefängnis, weil er sich mehrere Male für einen Beamten der Kriminalpolizei ausgegeben hat.

Lebensrettung

Berlin, 26. April. Aus Liebesstummer sprang heute eine junge Frau von der Viehschneise in den Landwehrkanal. Beherst fürstete ein gerade vorübergehender Reichswehrgeneral und eine Zivilperson der Lebensmüden nach und entziffen die junge Frau dem nassem Tode.

Nachspiel zur Versenkung eines englischen Monitors

Daily Telegraph berichtet: Die Erinnerung an eine furchtbare Tragödie des Krieges wird wachgerufen durch die Nachricht, daß die Leberreste von einem Offizier und 57 Mann des Monitors „Glatton“ geborgen worden sind und am 3. April mit militärischen Ehren auf dem Friedhof von Gillingham beigesetzt werden sollen. Der Monitor war am 16. September 1918, acht Wochen vor dem Waffenstillstand, im Hafen von Dover, der Herzogentrale der Kanalverteidigung, in Brand geraten. Da die Gefahr einer Explosion bestand, die zu unvorstellbaren Zerstörungen geführt hätte, erfolgte Befehl, das Fahrzeug zu torpedieren, wobei von der aus 303 Mann bestehenden Besatzung über 100 den Tod fanden. Im Jahre

1926 gelang es, das Schiff an die Wasseroberfläche zu bringen und landeinwärts zu schleppen. Im Laufe der Abbrucharbeiten wurden dann allmählich die Reste eines Teiles der mit dem Fahrzeug verjungen britischen Seeleute gefunden und den Marinebehörden übergeben.

Die Wallfahrt der Mütter

Die Mütter von 6000 amerikanischen Soldaten, die im letzten Kriege auf den französischen Schlachtfeldern fielen und begraben wurden, werden am 1. Oktober dieses Jahres in Frankreich eintreffen, um die Gräber ihrer Söhne zu besuchen. Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt sowie für einen 14tägigen Aufenthalt, in dessen Verlauf den greifen Gästen u. a. auch Paris besetzt werden soll, trägt der amerikanische Staat.

Ein polnischer Hauptmann von Köpenick

In Polen erschien nachts in der Kaserne des 57. polnischen Infanterie-Regiments beim Inspektionsoffizier ein General der Infanterie in Begleitung eines Majors und gab Befehl, das Regiment sofort in Alarmstand zu setzen. Da der General aber keine den Vorschriften vollkommen entsprechende Uniform trug, daß der diensthabende Offizier um das Vorgehen von Legationstiteln, als sich die beiden nachsichtigen Gäste nicht legitimieren konnten, ließ sie der Inspektionsoffizier verhaften.

Explosion

Ludwigshafen a. Rh., 25. März. Im Generatorenhaus der Kraftwerkefabrik Grünweis u. Sartmann erfolgte eine Generatorenexplosion, deren Stichflamme große Mengen Kohlenöl entzündete. Die Feuerherde konnten in einfüßiger Arbeit den im Keller ausgebrochenen Brand erlöchen. Fünf Arbeiter erlitten durch die Stichflammen Brandverletzungen und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Aus dem Gerichtssaal

Safekreuz und Sowjetstern

Die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Diktstadt in Karlsruhe

Im Karlsruhe, 26. März. Vor dem erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Strauß standen heute der Schlosser Robert Licht, der Hilfsarbeiter Christian Ruder, der Schneider Willi Rued, der Schlosser Leopold Karle, der Elektrotechniker Hans Hörner, der Verfrachter Alfred Rameis, der Hilfsarbeiter Willi Burggraf und der Steinbauer Hans Huber. Sämtliche Angeklagte stehen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren und der kommunistischen Partei nahe. Gegenstand der Verhandlung bilden die Zusammenstöße zwischen den Angeklagten mit Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei, die sich Mitte Januar dieses Jahres in der Diktstadt zutrugen. Wie erinnertlich wurden am 17. Januar abends in der Durlacher Allee zwei Nationalsozialisten, die auf ihren Fahrrädern heimkehrten, von einer Gruppe von etwa 15 jugendlichen Kommunisten überfallen, von den Rädern gezogen und mit Eisenstangen und Stöcken mißhandelt, nachdem es einige Tage vorher, am 12. Januar, in der Baumelsterstraße zu einem ähnlichen Zusammenstoß gekommen war. Von den an diesen Schlägereien Beteiligten wurden bereits zwei, da sie noch im jugendlichen Alter stehen, vom Jugendgericht abgeurteilt und mit Gefängnisstrafen von zwei und einem Monat bestraft. Der Angeklagte Licht behauptet von sich, parteilos zu sein. Er und seine Freunde seien von den Nationalsozialisten provoziert und schon zum Boykott herausgefordert worden. Sein Bruder sei in der „Höfenstraße“ überfallen worden. Die Anklage sei jedoch niederzuschlagen worden. Angefichts der Provokationen habe man sich „proletarischen Selbstwehr“ greifen müssen. Als die Nationalsozialisten ein Häuflein von Karlsruhern abstellten, habe man sich im „Weinberg“, dem Lokal der Kommunisten, versammelt. Dort sei erklärt worden: „Wir müssen antworten und können die anderen nicht allein heimlassen“. Der Angeklagte Licht muß wegen seines ungebührlichen Verhaltens vor Gericht mehrere Rügen einstecken unter Androhung von Ordnungsstrafen. Der Vorleser tut dies in seiner eindringlichen Art: „Berühmt junger Mann, hier gibst kein Bierbelegungsrecht. Hier vor Gericht wird nicht gepöbelt mit dem frechen Mundwerk“.

Staatsanwalt Deim geheilt in seinem Plädoyer scharf das brutale Vorgehen der Angeklagten. Der Anklagenretzeiler hielt für die freien Robertsbefürte der Angeklagten exemplarische Gefängnisstrafen für angebracht und beantragte gegen Licht wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen fünf Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten mit Ausnahme des Rued und Karle je drei Monate Gefängnis; bezüglich der übrigen Angeklagten stellte er die Beurteilung in das Ermessen des Gerichts.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Kunz (Waldkirch) beantragte in erster Linie Freisprechung. Auf eine Bemerkung in seinem Plädoyer, daß die Staatsanwaltschaft mit zwei Rügen Maß nehme und bei Verurteilungen der Nationalsozialisten nicht mit der gleichen Schärfe vorgehe wie bei solchen der Kommunisten, erwiderte Staatsanwalt Deim, daß dieser Vorwurf zurückgewiesen werden müsse. Der richtige Sachverhalt der Affäre Huber sei der, daß Huber sich am Vorabend des Durlacher Allee-Vorfalles, also am 16. Januar, in auffälliger Nähe des nationalsozialistischen Lokals, der „Höfenstraße“ herumgetrieben habe. Es seien Plakate der Nationalsozialisten heruntergerissen worden und Huber stand im Verdacht, daß er in dieser Weise provoziert habe. Er wurde von den Nationalsozialisten gestellt und beschuldigt, er habe die Plakate heruntergerissen. Es wurde von beiden Seiten draufgeschlagen. Huber erhielt Schläge, die gefühlt werden mußten. Die Täter waren dem Namen und Beruf nach bekannt. Es sei unrichtig, wenn Huber sage, die Täter seien nicht ermittelt worden. Beide Teile seien in Notwehr gewesen. Die Staatsanwaltschaft habe das Verhalten unter dem Gesichtspunkt des großen Unfuges durchgeführt und beide Parteien haben eine Geldstrafe erhalten. Der Fall sei juristisch einwandfrei technisch erledigt worden. Dieser Vorfall sei himmelweit verschieden von dem Ueberfall in der Durlacher Allee.

Das Schöffengericht verurteilte nach längerer Beratung folgenden Urteil: Licht wird wegen mehrfacher erschwerter Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis, Ruder wegen erschwerter Körperverletzung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Rued, Karle, Hörner, Rameis, Burggraf und Huber werden von der Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung freigesprochen. Sämtlich Freisprechung erfolgte, trägt die Staatskasse die Kosten. — Nach Schluß der Verhandlung empfahl der Vorsitzende dem Verteidiger, auf die Angeklagten einzuwirken, daß beim Verlassen des Gerichtesgebäudes keine Anrempelungen der Beugen vorkommen, da er sonst die Urheber unachtsam abführen lassen werde. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

fällen. Während der Verhandlung mußte der Vater eines der Angeklagten, der sich im Zuhörerraum befand, wegen eines ungebührlichen Zwischenrufes den Sitzungssaal verlassen.

Folgenschwerer Autounfall

Im Karlsruhe, 25. März. Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) hatte sich heute der praktische Arzt Dr. Peter G. aus Bruchsal wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte fuhr am 29. Oktober vorigen Jahres mit seinem auf der rechten Seite der Straße in Bruchsal fahrenden Kraftwagen an; da er sofort links nach links bog, wurde der Bielefelder Emil Müller aus Unterzweissenheim, der den Kraftwagen mit seinem Fahrrad überholte, von dem linken Vorderbord des Kraftwagens gestreift und zwischen dem Kraftwagen und der Straße des gegenüberliegenden Hauses eingeklemmt. Er erlitt Schürf- und Quetschungen, sowie einen Oberarmbruch, wodurch er drei Monate arbeitsunfähig und in der Bewegung behindert wurde. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der Angeklagte an jenem Vormittag seinen Kraftwagen aus der Einfahrt seines Hauses rückwärts herausgefahren und ist dann ein Stück vorwärts gefahren. Er unterließ sich zwischenzeitlich mit einem Rechtsanwalt und wollte dann weiterfahren. Dabei ließ er die Feuerung fallen. „Jetzt haben Sie mich aus dem Konzept gebracht“. Er ist dann nach links gefahren. Währenddem war Müller von hinten gefahren gekommen. Müller wurde mit dem linken Vorderbord des Autos erfasst; er hielt sich am Radkessel und ist geflüchtet worden. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und dem Gutachten des technischen Sachverständigen, Polizeioberleutnant Koop, trifft den Angeklagten die Schuld an dem Unfall; Müller ist durch den ordnungswidrigen fahrlässigen Einfahrlauf des Angeklagten zu Fall gekommen. Vom Angeklagten wurde weder die Handbremse benutzt, noch nach rechts ausgewichen, weil er konfus amorden ist. Das Schöffengericht verurteilte Dr. G. wegen erschwerter fahrlässiger Körperverletzung in Tateinheit mit Verletzung des § 17 der Autokenntlichmachung am 16. März 1928 zu 100 M. Geldstrafe, erschwerte vier Tage Gefängnis. Das Gericht hatte die Verurteilung, daß der Vorfall mehr als ein Unfall als eine strafbare Handlung anzusehen ist.

Meineid und Anstiftung zum Meineid

03. Karlsruhe, 26. März. Vor dem Schwurgericht hatten sich heute nachmittags die 36jährige, aus Oberrohr stammende und in Rotenfels bei Rastatt wohnende ledige Arbeiterin Anna Koch und wegen Anstiftung zum Meineid ihr Liebhaber, der 43jährige, aus Karlsruhe stammende und in Rastatt wohnende Former Johann Wilhelm Berlin zu verantworten. Die Koch hatte in dem Ehegerichtsverfahren des Berlin geschworen, daß sie mit Berlin keinerlei unerlaubte Beziehungen gepflogen habe. Wie sie aber nachher herausstellte, hatte sie aber seit 3 Jahren ein intimes Verhältnis mit dem Angeklagten, die unmaßgeblichen Angaben will sie damals nur gemacht haben, weil Berlin, der ihr die Eheurteilung geschworen hat, sie angestiftet habe, in dieser Weise auszusagen. Der Angeklagte Berlin behauptete jedoch, die Koch in keiner Weise aus der unmaßgeblichen Aussage verleitet zu haben. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte Koch zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten 15 Tagen. Der Angeklagte Berlin wurde wegen Anstiftung zum Meineid zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 1 Monat verurteilt. Ein Monat der erschwerten Unteruchungsfrist wurde anerkannt, außerdem wurde auf Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und dauernder Eidesunfähigkeit erkannt.

Körperverletzung mit Todesfolge

Körperverletzung mit Todesfolge als Folge einer Rauferei in der Diktstadt in Karlsruhe führte heute drei junge Frauen, die Händler Georg Hof aus Gutingen, seinen jüngeren Bruder Jakob Hof sowie den aus Karlsruhe stammenden Händler Franz Wilhelm Müller vor die Geschworenen. Sie werden beschuldigt, in der Nacht zum 15. November v. J. mit dem 20jährigen Schlosser Ludwig Bachinger in der Waldhohestraße in Karlsruhe Streit angefangen und ihm mehrere Weisheitsringe verjert zu haben, davon einen in die Brust, der nach etwa einundzwanzig Monaten infolge chronischer Blutvergiftung den Tod des Bachinger zur Folge hatte.

Den Anlaß zu der Tat bildeten Streitigkeiten zwischen der Mutter des Getöteten und der Schwester des angefallenen Hof. Am Vorabend der Tat waren die drei Angeklagten bei der Schwester der Hof in deren Wohnung. Nach ihren Angaben sei Bachinger im betrunkenem Zustande ebenfalls in die Wohnung gekommen und habe die Schwester infolge der Streitigkeiten mit seiner Mutter mit einem Messer bedroht, das ihm die Angeklagten schließlich abnahmen. Am nächsten Abend trafen alle drei auf der Waldhohestraße bei der Wirkschaft zum „Eichbaum“ mit dem Angefallenen zusammen. Es entwickelte sich eine Auseinandersetzung wegen der Vorgänge am Vorabend. Dabei soll nach den Aussagen der

Angeklagten Bachert den Georg Hof mit einem Schulterhammer bedroht und geschlagen haben und hieraus entwickelte sich eine Rauferei, bei der Georg Hof dem Bachinger, wie er selbst angibt, mit dem am Vorabend einbehaltenen Messer des Getöteten drei Stiche verjert hat, von denen einer, wie schon erwähnt, später den Tod herbeiführte. Die beiden anderen Angeklagten, von denen Müller erheblich nachbestraft ist, darunter wegen Körperverletzung, Mordrisikobrechens usw., erklären, nicht gestochen zu haben. Ein medizinischer Sachverständiger erklärte jedoch, daß die Leiche des Bachert fünf noch frische Stichwunden aufzuweisen habe. Es wurden eine ganze Reihe von Augenzeugen vernommen, meist weiblichen Geschlechts. Bachert selbst hat protokolllarisch bezeugt, daß die Angeklagten die Urheber des Raufhandels gewesen seien.

Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagten Georg Hof wegen Körperverletzung mit Todesfolge in rechtlidem Zusammenstoß mit Bachert nach § 277 zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Franz Müller zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Jakob Hof wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Verachens nach § 227 zu 3 Monaten Gefängnis, verjert durch Unteruchungsfrist. Der Staatsanwalt hatte gegen Georg Hof 4 Jahre Gefängnis und gegen die beiden Mitangeklagten je 10 Monate Gefängnis beantragt.

Aus der Stadt Durlach

Eine Bürgerauschussung

it auf kommenden Freitag abend einberufen, in der acht Vorläufer zur Beratung stehen. Einige derselben sollen hier kurz besprochen werden und dem Beschluß unserer Leiter näher gebracht werden. Es ist zunächst die Aufhebung der abgeordneten Gemartung Mittelland. Diese abgeordnete Gemartung Mittelland umfaßt 324 Hektar, darunter 140 Hektar Wald und soll nun an die drei Gemeinden Durlach, Bergzabern und Söllingen dergestalt aufgeteilt werden, daß auf die Durlacher Durlach rund 113 Hektar entfallen. Grundbesitz der Domänenverwaltung, in deren Eigentum der Wald einstweilen Grund und Boden natürlich verbleibt. Die Domänenverwaltung soll die auf den entsprechenden Gemartungsanteile entfallenden Gemeindefürsorge an die betreffenden Gemeinden, diese haben andererseits die Verpflichtung, die Waldfraktionen und Wäse in Stand zu halten, soweit die dafür aufzubringenden Kosten 80 Prozent des Steueranteils nicht übersteigen. Für Durlach kommt auch der Kreisbeitrag für den auf die bisherige Gemartung Mittelland entfallenden Straßenanteil an der Kreisstraße Durlach—Sturferich hinzu. Die Fortwärtigkeit der Wäse an sich verbleibt wie bisher beim hiesigen Vorstand. Ein materieller Vorteil erwächst der Stadt aus dieser Gemartungsveränderung also nicht, dagegen, wie bei Begründung richtig hervorhebt, einige ideale Vorteile. So hat die Stadt die Verfügung über dort künftighin etwa zu erhaltenden Straßen, Baulflächen usw. und damit die Möglichkeit, den zu ihrer Gemartung gehörenden Teil des Waldes der Bevölkerung möglichst lange als Erholungsfläche zu erhalten.

Eine weitere Vorlage von einiger Wichtigkeit betrifft den Hektar. Bekanntlich ist am 21. September v. J. die Feldbesitzer der Wäsegruppen und der Stallbau (letzterer teilweise) im Gutshof aus heute noch nicht festgesetzter Urache abgebrannt. Die Brandentschädigungssummen sind jetzt festgesetzt und der Stadtrat hat sich, bevor er den Wiederaufbau der abgebrannten Gebäude beschloß, vor die grundsätzliche Entscheidung darüber gestellt, ob er den Wiederaufbau als solchen vorläufig noch fortführen und später eventuell als Ganzes verpachten soll, oder ob er das bisher zum Wiederaufbau gehörige Gebäude aufteilen und an Kleinrentner weiterverpachten solle. Im letzteren Falle hätte der Wiederaufbau wohl seinen Zweck mehr und die Brandentschädigung würde entsprechend geringer sein. Der Stadtrat hat nun mehrere landwirtschaftliche Sachverständige angehört, die alle der Auffassung sind, daß es vorzuziehen wäre, die Gebäude wieder aufzubauen und wenn in einzelnen Fällen die Verhältnisse in der Landwirtschaft im Vergleich mit dem früheren Zustand eine Besserung zeigen, das Gut als Ganzes zu verpachten. Es könne dann das Inventar, das immerhin zu 40 000 M. Wert angeschätzt sei, bessere Verwertung finden. Der Stadtrat ist zu dieser Auffassung gelangt, die Brandentschädigung in Höhe von rund 27 000 M. anzunehmen, die Gebäude mit einem von Hochbauamt festgesetzten Voranschlag von 42 000 M. wieder zu erstellen, das Gut nach zwei Jahre in eigener Regie weiterzuführen und dann etwa geeigneten und die nötige Gewähr bietenden Pächter zu suchen. Bei dieser Vorlage dürfte die Gemüter und gemäßigten Vorkämpfer stierlich aufeinanderstoßen.

Die in der letzten Bürgerauschussung abgelehnte Vorlage betraf die Bezüge der Anstalt zum teilweisen Rückgang der Straßennetze. Es ist jetzt in veränderter Form wieder. Während in der abgelehnten Vorlage der bisher schon erzbene Anstaltbeitrag von 15 M. pro laufender Meter Frontlänge auf 25 M. vorgeschlagen war, schlägt die jetzige Vorlage eine Teilung des Gesamtbeitrages vor, so daß die Stadtgemeinde jeweils 40 Prozent des Aufwandes auf sich behält und die restlichen 60 Prozent sich auf die beteiligten Anstalten verteilen soll. Die tatsächlichen Kostenbeiträge sollten dann nach diesem Schlüssel jeweils an Hand des wirtlichen Aufwandes vom Stadtrat festgesetzt werden. Durch diesen Vorschlag wird zweifellos das wichtigste, gegen die frühere Vorlage ins Gewicht fallende Argument entfallen.

Zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1930 schlägt der Stadtrat vor: 1. Die Bezirksparatelle stellt für Wohnungsbaubetriebe 150 000 M. zur Verfügung. Gleichzeitig soll die städtische Wohnungsfürsorge für die bisher gedachten Baubetriebe von 5 auf 10 Jahre verlängert werden. 2. Die von 150 000 M. zu gemäßen Zinsen anzunehmenden in Höhe von ca. 150 000 M., für die der Stadtrat die Aufnahmevermittlung nachsucht, sollen zur Fertigstellung des im Vorjahre begonnenen städtischen Baubaus an der Wohnungsbauhelms- und Blatterstraße dienen. (11 Häuser mit 66 Wohnungen für minderbemittelte innerstädtische Familien.) Die Begründung des Stadtrats, daß anscheinend auch im Jahre 1930 die Bauwirtschaft keine allzu lebhaften werden dürfte, da außer der Gemeindefürsorge keine weiteren Wohnbauprojekte im Gange sind, ist dem Stadtrat, dem die Gemeindefürsorge mit 13 Häusern mit 18 Wohnungen erstellt, in kaum merklichem Umfang die Gelüste für Baubetriebe vorliegen.



Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauengruppe der Alt-, Mittel- und Südweststadt
Donnerstag, den 27. März, abends 8 Uhr, im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22 III (am Föndelplatz) Besprechung mit Vortrag des Gen. Dr. Olling über **Imwirtschaft**. Genossinnen und Volksfreundinnen, sowie Töchter sind freundlichst eingeladen.

Bezirk Mühlburg
Freitag, den 28. März, abends 8 Uhr, im „Sitz“
— **Öffentliche Versammlung** —
in welcher **Barter Kappes** (Karlsruhe) über das **Thema**: „Krisis und Kriegenampf in Geschichte und Gegenwart“ spricht.
Kommt in Massen! Hört diesen hochinteressanten Vortrag!

Am 31. Schluß unseres Räumungs-Ausverkaufs Wegen Aufgabe d. Konf.-Abtlg. / **Nie wiederkehrende Gelegenheit!**
Beispiel: **Herren-Anzüge** Serie I 29.50 Serie II 39.50 Serie III 49.50 Serie IV 59.50
Knaben- und Konfirmanden-Anzüge, Mäntel aller Art, Windjacken, Sport- und gestreifte Hosen sowie alle einschl. Artikel, solange Vorrat, **rücksichtslos im Preise den Serien angepaßt**

Ad. Stein nachtl.
233 Kaiserstraße 233
Karlsruhe

FRISCHE FISCH
billig
in bester Qualität!

KABLIAU

Pfund 1. Ganzen | Pfund 1. Ansch.

30 | 33

Schellfische 38
ohne Kopf - Pfund

Stockfische 35
frisch gewässert Pfund

Kablau-Filet 50
blütenweiß - Pfund

Frischgeräucherte
SÜßKÜCHLINGS
Lachsherlinge
Lachsherings-Filet
Heringsalat
1/4 Pfd. 25 Pfg.

In unserem Fisch-Spezialgeschäft

Holl. Schellfische u. Kablau
Schollen, Rotzungen, Zander

Angelschellfische Pfd. 50

Grüne Heringe Pfund 20

Pfahl-Muscheln Pfund 20

Sesaaal 25
geräuchert, 1/4 Pfd.

Große Auswahl in
Räucherfischen, Marinaden
Feinmarinaden, Geflügel

Pfankuch
5% Rabatt

Eintracht-Saal

Freitag, 28. März, abends 8 Uhr

Vortrag Major SCHLEE

von der Reichsrundfunk-Gesellschaft Berlin

Die Bedeutung der Funktechnik
als Nachrichtenmittel

mit Lichtbildern

sowie Reise-Erlebnisse von der
großen Deutschlandfahrt des

Grafen Zeppelin

Anschließend:
Achtung! Achtung! - ein Film
vom deutschen Rundfunk

Karten zum Einheitspreis RM. 50
an der Abendkasse.

Pädagogium Heidelberg
Kleines Gymnasial- und Realklassen-Seminar
Absolventen-Umschulung, Einzelzimmer. Gute
Verpflegung, eigene Landwirtschaft, Sport,
Erfolge und Drucksachen. 713

Ettlinger Anzeigen

Die Mitglieder unseres Ausschusses
werden hiermit zu der
am Freitag, den 11. April l. Js. nach-
mittags 5 Uhr,

im Gärtchen zur Krone in Ettlingen
stattfindenden Ausschußsitzung eingeladen.
Verzinsliche Einlagen der Ausschußsmit-
glieder erfolgt gleichseitig.

Tagesordnung:

1. Berichtserstattung über das Rechnungs-
jahr 1929

2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission
und Abnahme der Jahresrechnung
aus 1929

3. Bericht über die derzeitigen finanziellen
Verhältnisse der Kasse

4. Beschlußfassung über die Wiedereröff-
nung der artilischen Wesseler für
die Familienangehörige, sowie dements-
sprechende Veränderung der Kassenrechnung.

5. Bericht des Ausschusses. 801

Anträge sind bis längstens Donnerstag,
den 3. April, nachmittags 5 Uhr, anzubringen.

Einladung, den 26. März 1930.

Allgemeine Ortskrankenkasse, Ettlingen

Ihre Federbetten
werden wieder leicht und luftig in der
Bettfedern-Reinigung

mit Kraftbetrieb. Bestes Verfahren. Freier
Transport. Billige Preise. Nur Karlsruh. 20.
Telephon 2156. P. Berthmann.

KAMMER

LICHTSPIELE

Kaiserstr. 168 / Telefon 3026

3 30 6 15 8 50

zeigen wir den
gewaltigen
historischen
Großfilm

**Der Henker
von Prag**

nach einer historisch wahren
Begebenheit, unter dem Pro-
tektorat der Stadt Prag her-
gestellt. Ein Film voll der
spannendsten Geschehnisse

Hierzu: 2647

Der hervorragende Ufa-Film
Die Dame mit der Maske

mit Arlette Marchal, Wladimir
Goidarow, Heinrich George, von
Dita Parlo. Ein eleganter Film von
Optimismus und Lebensfreude.

Schotterbeifuhr

Mir vergeben das Ausladen und Be-
führen von Unterhaltungsmaterial für
die Kreisstraßen und Wege unseres Be-
zirks. Ausschreibungsordnungen sind beim Bau-
amt und den Bezirksstraßenmeistern zu
erhalten. 463

Eröffnungstermin 7. April 1930, vor-
mittags 10 Uhr.

Ausschreibungsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, den 26. März 1930.

Wasser- und Straßenbauamt.

**Badisches
Landestheater**

Donnerstag 27. März

Die Affäre
Drehfus

Schauspiel von Rehfisch
u. Berga

Regie: Dr. Waag

Wiederholend: Herrmann,
Erhardt, Genter,
Schreiner, Jant, Brand,
Dahlen, Gemme, Graf,
G. Gröbinger, Herr,
Herr, Köder, Polbach,
Zuh, L. Kienker,
Kobbe, Kubne,
Landgrebe, Wehner,
Wüller, Brüder, Schulte,
v. d. Zent, Grimm,
S. Kienker,
Lindemann, Sauter,
Mittels, Seibert

Ende nach 22 Uhr

Frei A (0.70-5.00/4)

Fr. 28. 3. Der Rigeuner-
baron. Sa. 29. 3. Die
Affäre Drehfus. So. 30.
3. Neueinstudiert. Die
Jüdin. Am Sonntag-
abend: Weiter sein Da-
gegen. Fr. Mo. 31. 3.
Sabbat. Einmal.

Saub. Feil. Fran. Incht-
ber. Freit. 4. April. Tägl.
Arbeits. Ang. u. Nr. 2603
an das Volksfreundbüro

Die Klassenlotterie ist
nicht teuer

Zur nächsten 1. Klasse-Ziehung am
am 25. und 26. April

sind Lose noch vorrätig

1/2 1/4 1/2 1/4 Doppelt os

3.- 6.- 12.- 24.- 48.- RM.

pro Klasse

Lose empfiehlt

Städtische Lotterie-Einnahme

Friedrich Töpfer

Karlsruhe, Kriegsstr. 3a

Telefon 5286

Kaiserstraße 133,
Georg-Friedrich-Straße 25

Versand nach auswärts erfolgt prompt

Gaggenauer Anzeigen

Gesuch der Frida Bekemig geb.
Leitner in Gaggenau um Geneh-
migung zum Betrieb der Gast-
wirtschaft „Zum Badischen Hof“ in
Gaggenau betz.

Frau Frida Bekemig geb. Leitner in
Gaggenau hat um Genehmigung zum
Betrieb der Gastwirtschaft „Zum Badis-
chen Hof“ mit Ausschluß von alkoholi-
schen Getränken ein schriftl. Brantwein
nachgesucht. 481

Etwasige Einsprüche hiergegen sind in-
nerhalb acht Tagen auf dem Rathaus,
Zimmer Nr. 8, oder schriftlich vorzubrin-
gen.

Gaggenau, den 25. März 1930

Der Bürgermeister
Schreiber

JEDER ARTIKEL 25 Billige 10 Kurzwaren 50 JEDER ARTIKEL

JEDER ARTIKEL EIN SCHLÄGER!

7 m Gardinenkordel 25	5 Stück Schneiderkreide 10	1 Stück Strumpfhaltergürtel 50
10 m Wäschebesatz 25	1 Karte Perlmutterknöpfe 10	1 Stück Einkaufsnetz 50
1 Paar Damenstrumpfhalter 25	1 Stück Kopierädchen 10	1 Stück Hutständer 50
1 Paar Kinderstrumpfhalter 25	1 Stück Schuhanzieher 10	1 Stück Bükkopfhäube 50
1 Paar Aermelhalter 25	5 Brief Nähnadeln 10	3m Knopflochgummi z. Durchzieh. 50
3 m Gummilitze, waschbar 25	1 Paar Strumpfbänder 10	1 Stück Schere 50
3 m Gummilitze 25	3 m Gummilitze 10	1 Paar Armblätter, doppelseitig 50
1 Stück Krageknopfdose 25	1 Brief Stopfnadeln 10	1 Mappe Seidenglanzstopfgarn 50
6 P. Schulmestel 65 od. 100 cm lg. 25	3 Dtz. gelbe Sicherheitsnadeln 10	1 P. Sockenhalter m. Aermelhalter 50
72 Stück Sicherheitsnadeln 25	3 Karton Reißnägel, à 3 Dtzd. 10	1 Stück Häkelgarnitur 50
12 Knäuel Edelstopfgarn 25	1 Stück Schneidemaschine 10	1 Stück Axellabügel, überzogen 50
4 Dtzd. Wäscheknöpfe sort. 25	1 Paar Achselträger, Kunstseide 10	5m Wäscheinband Kunstseide 50
1 Nadeltschale m. Fingerhuthalt. 25	1 Paar Armblätter 10	20 m Gardinenkordel 50
100 Gramm Stahlstecknadeln 25	2 Röllchen Nähseide 10	1 Garnitur, 2 Paar Korsetthalter 50
1 Stück Büblinetz 25	1 Paar Aermelhalter 10	1 Stück Perledeckchen 50
25 m Nähband 25	2 Knäuel Stopfgarn m. Seidenglanz 10	1 Stück Taschenbügel 50
1 Stück Schere 25	3 Stück Babikopfnadeln 10	3m Gummilitze koch-u. waschbar 50
1 Stück Cell.-Taschenbügel 25		

HERMANN TETZ KARLSRUHE

**Unstreitig der stärkste
blaue Arb. Anzug - innen
weiß mit Nieten - bar zu
Mk. 11.50 u. 12.50 (Das beste
v. Besten) bei Friedrich
Zirkel 25a, Ecke Ritter-
str. (Mitglied der SPD)
Auch Lehrlingsarbeits-
anzüge.**

Konfirmation und Kommunion
empfehle erstklassige und sehr preiswerte
Qualitäts-Weine
Südweine, Sekte, Edelbranntweine
Max Homburger
Kronenstr. 30 u. Kaisersir. 124 a / Teleph. 840

Stadtgarten-Jahreskarten.
Für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 werden wieder
Jahreskarten zu folgenden Preisen ausgegeben:
Einheitskarten für Erwachsene RM 5.-, Renten-
karten RM 2.-, Schüler- und Studentenkarten RM 2.-, Karten
für Kinderwärtnerinnen (ausgestellt auf den Namen der Diensther-
schaft) RM 5.-. Karten für Studierende und Schüler werden an-
gegeben auf Vorlage amtlicher Nachweise, für Klein- und Sozialunter-
stützte nur zur Grube der Kinderheimstätten ausgeben, d. h. ein Ein-
kommen von weniger als RM 150.- monatlich haben, und für andere
Personen, die in öffentlicher Fürsorge leben, sowie Kriegsbekämpfte
bei anerkannter Kriegsdienstbeschädigung von 80% an, sowie an
Kriegsbekämpfte mit einer Rente von 50-80%, sofern sie im Erwerbs-
leben dauernd behindert sind, auf Vorlage einer Bescheinigung des
zuständigen Fürsorgeamtes.
Die Inhaber von Schuldbescheinigungen des badischen Vereins für
Gefährdete erhalten bis zu vier Hauptarten auf Vorlage der Schuld-
bescheinigungen und unter Verzicht auf die hierfür bestehenden
Vorschriften.
Kinder von Jahreskarten-Inhabern können bis zum Alter von 6
Jahren frei eingeführt werden.
Bescheinigungen auf Jahreskarten wollen bei den beiden Einnehmern
am nördlichen und südlichen Eingang, solche auf Grund von Schuld-
bescheinigungen jedoch nur am südlichen Eingang ausgeben werden
Die Gültigkeit der Karten beginnt mit dem Abgangstage
Karlsruhe, den 12. März 1930.
Städt. Gartenamt.

Konkurs-Versteigerung
Im Auftrag des Konkursverwalters, Herrn
Bücherhelfer Marx hier, versteigere ich
Kaiserstraße 117 im Laden
am Freitag, 28. und Samstag, 29. März
jeweils 9 Uhr und 2 Uhr beginnend
eine Partie

Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder. Ferner Haus-
schuhe, Turnschuhe, Leder- und Stoffgamaschen,
Socken, Knie- und Polsterdarmen,
Verzinsungen u. m.

Heilb., Goethestraße 18, Telephon 2725.

Städtische Sparkasse Gaggenau
Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen.	RM	Guthaben der Einleger.	RM
1. Kassenbestand	19.914,16	1. Spareinlagen	1.445.770,76
2. Wechselbestand	13.826,13	2. Sächs. Giro- u. Kontokorrent- einlagen	192.999,01
3. Bankguthaben	3.434,06	3. Anlehenskapitalien	223.023,66
4. Darlehen in laufend. Rechnung (mit gegl. Sicherheit)	569.035,77	4. Sicherheitsrücklagen	
5. Darlehen (Bürgschaft)	121.840,14	Gesamt	64.333,50 RM
6. Darlehen an öffentlich-rechtl. Körperschaften	143.083,-	1929 18.696,48 RM	83.029,07
7. Darlehen (angefragte Synoth) 1.053.510,62			
8. Immobilien u. Mobilien	1,-		
9. Rinferrückstände	18.682,12		
10. Aufwertungen	1.795,50		
	1.944.822,49		

Berechnung der Rücklagen.
Die geforderte Rücklage hat zu betragen:
3% auf 1.651.003,52 RM Einlagen 49.530,10 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1929 83.029,07 RM
Somit mehr 4.892 RM

Gaggenau, den 5. März 1930.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Schneider, Bürgermeister.

Coloffeum
Heute 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Das große bunte
**Revue-
Programm**
mit
Varieté-Einlagen
Montag, 31. d. Mts. 1. Letztmal!

19-jähriges Mädchen
Sucht Stelle als
Koch- u. Stuben-
mädchen. Angeblich
Gef. Ang. unt. Nr. 2655
an das Volksfreundbüro

19-jähriges Mädchen
Sucht Stelle als
Koch- u. Stuben-
mädchen. Angeblich
Gef. Ang. unt. Nr. 2620
an das Volksfreundbüro

Großes, leeres Par-
tium, elektr. Licht,
am 1. April zu vermieten
Schauspielstr. 26.

Großes Quantum
Bruchsteine
zu kaufen gesucht.
Baubüro Nebeliusstr. 12

**Verein für
Homöopathie und
Naturheilkunde
Durlach**
Für den am Samstag,
den 29. März, abends
8 Uhr, im Lokal zur
„Zauber“ stattfindend.

**Monats-
Versammlung**
mit Diskussionsabend
sind die Mitglieder
freundl. eingeladen.
Der Vorstand,
Durlach.

Gut erhaltener, weißer
Kinderstagenwagen
billig zu verk.
Reichenstr. 70, 1. Et.

Umzüge
allesamt befördert billigst
Douglasstr. 34, Tel. 1700

Mufinger
Kofler für Schaden
durch Verletzung
Wohnungsnachweis.

Arbeiter!
Verpflichtet bei Euren
Einkäufen stets die Inter-
essanten dieser Zeitung!

Palast-Lichtspiele

Ab heute das große Programm!

Marcella Albani

die glühende Italienerin in der packenden
Aristen-Tragödie



Erlebnis einer Nacht
Wohin ziellose Leidenschaft des Mannes,
Martyrium der Frau und Raue eines be-
troffenen Herzens führen können, zeigt uns
dieser Film in Bildern von geradezu dämo-
nischem Reiz und unerhörter Spannung!

Jim Morans närrliche Wette
Der Todessprung von der Todesbrücke in
München - Die halbrecherische Flucht vom
Münchener Hochhaus - Die Bestelzung des
72 m hohen Burenbräu-Schornsteins usw.

Jim Moran
Münchens unerreichter Artist

ist in jeder Vorstellung
persönlich anwesend!

Beginn der Vorstellungen: 3 1/2, 5, 7 und 9 Uhr

Gaggenauer Anzeigen

Einfrassen von Hühner und Zan-
ben betz.
Die Hühner und Tauben sind bis auf
weiteres eingesperrt. Diesbezi. Anzei-
gungen werden betz.
Gaggenau, den 25. März 1930.
Der Bürgermeister.
Schneider.

Umzüge
allesamt befördert billigst
Douglasstr. 34, Tel. 1700

Mufinger
Kofler für Schaden
durch Verletzung
Wohnungsnachweis.

Arbeiter!
Verpflichtet bei Euren
Einkäufen stets die Inter-
essanten dieser Zeitung!

Zur
Konfirmation
Back-
Artikel
gut und billig
mit **5%** Rabatt
bei
BUCHERER